

Das schweizerische Bankenwesen im Jahr 2010

Der Regulierungstrend macht dem Finanzplatz Schweiz, und darin insbesondere dem Private Banking, zunehmend zu schaffen. Die Schweiz wird sich dem Rechtsbestand der EU anpassen – ausgenommen beim Bankgeheimnis. Dennoch wird das Image der Schweiz als «Safe Haven» abnehmen. Zu diesen und weiteren Ergebnissen gelangt eine neue Studie zur künftigen Entwicklung des schweizerischen Bankenwesens.



*Von Beat Monnerat
Partner, Accenture AG, Zürich*

Nachdem in den letzten Jahren für die Schweizer Banken in ihrem regulatorischen Umfeld in erheblichem Mass neue Anforderungen entstanden sind, werden zunehmend Stimmen laut, die in diesem Zusammenhang von einer – mindestens teilweise hausgemachten – «Regulatory Burden» sprechen. Ein Blick auf die aktuell laufenden Vorhaben des Bundes zur Finanzmarktaufsicht zeigt, dass mittelfristig nicht mit einer Reduktion der Regulierungsflut zu rechnen ist. Vielmehr sind derzeit eine hohe Zahl von komplexen, über diverse Arbeitsgruppen und Expertenkommissionen verteilte Projekte zu Reformen in der Finanzmarktregulierung in Arbeit.

Man geht deshalb in Fach- und interessierten Kreisen davon aus, dass sich der Trend zu vermehrter Regulierung fortsetzen wird. Davon betroffen

sind Themen wie die Bilanzierung, die Geldwäscherei, die Nutzung von Insiderwissen, die Steuern und Abgaben sowie das Bankgeheimnis. Besonders betroffen ist das Private Banking. In einer Umfrage unter Geschäftsleitungsmitgliedern schweizerischer Banken erwarten 77%, dass sich die Verschärfung der regulatorischen Anforderungen und der Finanzmarktaufsicht negativ auf die Geschäftsentwicklung im Private Banking auswirken wird. Zu diesem Ergebnis gelangt eine von Accenture und dem Schweizerischen Institut für Banken und Finanzen der Universität St. Gallen gemeinsam durchgeführte Studie zum Thema «Das schweizerische Bankenwesen im Jahr 2010».

So einig man sich in der Beurteilung der regulatorischen Last für das Private Banking ist, so uneinig ist man sich in der Interpretation, wie sich der Regulierungstrend auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirkt. 41% gehen von positiven, 40% von negativen

Auswirkungen aus. Eine Steigerung der Attraktivität des Finanzplatzes Schweiz wird von 57% auf eine Verbesserung der Regelungen bezüglich Wirtschaftskriminalität, Geldwäscherei und Insiderwissen zurückgeführt. Auf der anderen Seite erwarten 80% der Befragten, dass aus veränderten Regelungen bezüglich Bankgeheimnis und Steuerhinterziehung negative Folgen für den Schweizer Finanzmarkt resultieren. Im besonderen gehen 90% von negativen Folgen für den Finanzplatz Schweiz aus, wenn die Schweiz die Steuerhinterziehung nicht mehr als Übertretung, sondern als Vergehen im Sinne des Schweizer Strafgesetzes behandeln sollte, und damit auch eine Strafverfolgung durch Drittstaaten unterstützt.

Angleichung an die EU

Geringe Auswirkungen sind dagegen von Basel II zu erwarten. Gemäss Umfrage gehen 80% davon aus, dass das Kreditrisikomanagement in den

Die Studie

Die Studie «Das schweizerische Bankenwesen im Jahr 2010» untersuchte vier Themenbereiche des Bankenwesens im Hinblick auf seine mittelfristigen Erwartungen:

- Entwicklung der Finanzmarktregulierung und Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des Private-Banking-Standortes Schweiz
- Entwicklung der Markt- und Wertschöpfungsstruktur
- Entwicklung der Vertriebsorganisation und der Produktinnovation
- Entwicklung des Kundenverhaltens und der Kundenbetreuung

Die Studie kann kostenlos bezogen werden bei:
Publikationen-ch@accenture.com

Schweizer Banken heute bereits so fortgeschritten ist, dass das Bankenwesen nicht mehr massgeblich von Basel II profitieren wird. Noch deutlicher fiel das Ergebnis in bezug auf die Umsetzung der Basel-II-Vorgaben zu operationellen Risiken aus: 98% der Befragten gaben an, dass die grosse Mehrheit der Schweizer Banken keinen «Advanced Approach» anwenden wird.

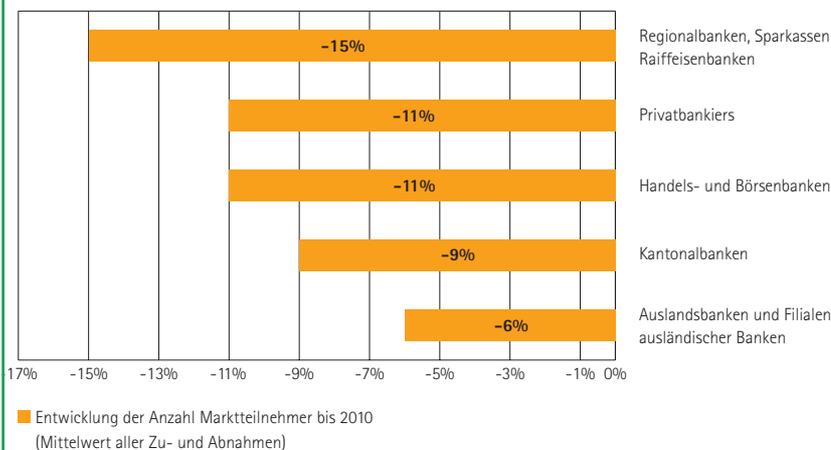
Grosse Einigkeit herrscht auch in der Beurteilung der Rolle, welche die Schweiz im zusammenwachsenden Europa spielt. Der Grundtenor: Der Sonderfall Schweiz wird sich nicht halten können. So gehen 90% der Befragten von einer Angleichung der schweizerischen Gesetze an den Rechtsbestand der Europäischen Union aus. Auf einzelne Rechtsgebiete hin befragt, ergibt sich allerdings ein etwas differenzierteres Bild. Eine weitere Angleichung erwarten die Befragten zu 97% in den Bilanzierungsregeln, zu 94% in der Nutzung von Insiderwissen und zu 74% in der Bekämpfung der Geldwäscherei. Keine Angleichung an die EU erwarten dagegen die Befragten zu 61% beim Bankgeheimnis und zu 54% bei Steuern und Abgaben. Sie haben damit das Ergebnis der kürzlich unterzeichneten «Bilateralen II» vorweggenommen, fand die Datenerhebung doch zwischen September 2003 und Februar 2004 statt.

Dessen ungeachtet geben sich die Befragten hinsichtlich der Bedeutung der Schweiz als sicherer Hafen für ausländische Kunden pessimistisch: 70% sind der Meinung, dass diese abnehmen wird. Und obwohl nur 20% mit einer Angleichung des Bankgeheimnisses an die Gesetzgebung der EU rechnen, stimmen 74% der Aussage zu, dass die EU die Abschottung der Schweiz, beispielsweise über die Einschränkung grenzüberschreitender Bankgeschäfte, forcieren wird und so den Druck auf das Bankgeheimnis weiter erhöht.

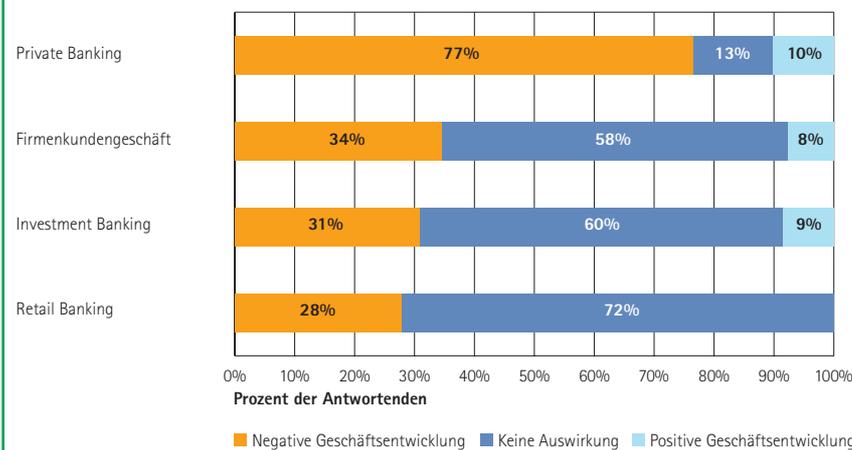
Optimistische Stimmung

Insgesamt herrscht aber eine optimistische Stimmung. Mit der Verwaltung von gut einem Drittel des weltweit privat gehaltenen Vermögens ist der Standort Schweiz heute Marktführer

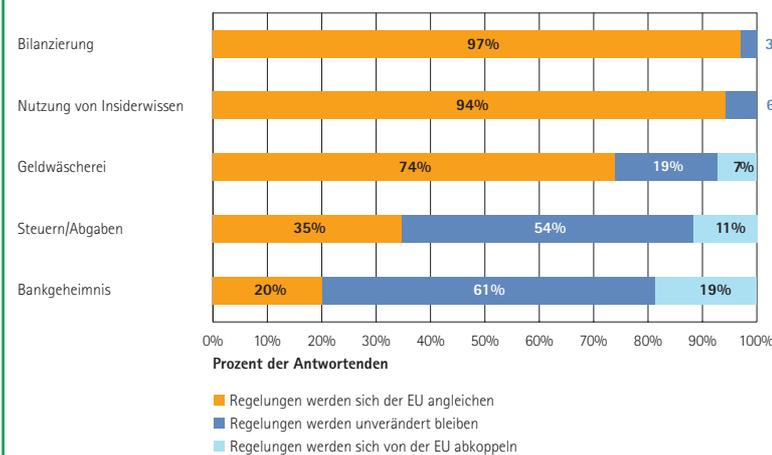
Entwicklung Anzahl Banken nach Sektoren im Bankenmarkt



Auswirkungen einer Verschärfung regulatorischer Anforderungen



Angleichung rechtlicher Regelungen nach Rechtsbereichen



im internationalen Private Banking. Und er wird sich nach übereinstimmender Einschätzung im globalen Wettbewerb weiterhin behaupten. Obwohl sich zunehmend Konkurrenzstandorte etablieren, sieht nur ein sehr geringer Teil von 10 bzw. 9% der Be-

fragten eine zunehmende Konkurrenz durch Luxemburg und Liechtenstein. Als Hauptkonkurrenten für den Finanzplatz Schweiz werden per 2010 an den ersten drei Stellen Singapur mit 19%, Grossbritannien mit 15% und Dubai mit 8% angeben. ■